

Landtag: FDP-Minister wird ins Kreuzverhör genommen

Kiel - Kritik an Bildungsminister Klug auch von Kita-Eltern.

Drei Tage lang wird der Landtag von heute an wieder beraten, über CCS-Lager im Norden oder alternative Energien und den Ausbau des Stromnetzes. Die härtesten Auseinandersetzungen aber werden für Freitag erwartet. Da muss sich FDP-Bildungsminister Ekkehard Klug im Landtag für seine Pannen-Erlasse bei der Wiedereinführung des Langsam-Abiturs G9 rechtfertigen. Die Grünen haben die Fragestunde beantragt, die gesamte Opposition aber will den FDP-Minister darin ins Kreuzverhör nehmen.

Es wird dabei vor allem um Klugs mittlerweile zurückgezogenen Psychotest-Erlass für G9-Schüler gehen. Eltern sollten mit einem ärztlichen Attest nachweisen können, dass ihr Kind mehr Zeit zum Lernen braucht. Aber auch Klugs nach Protesten der Kommunen ebenfalls gescheiterter Versuch, Gymnasien und Schulträger binnen zweier Wochen zu einer Entscheidung über G9 oder die Beibehaltung des Turbo-Abis G8 zu zwingen, soll Thema werden. Selbst CDU-Vizeparteichef Ingbert Liebing hatte Klug deswegen scharf attackiert und ihm die Eignung zum Minister abgesprochen.

Derweil nimmt jetzt auch die Landeselternvertretung der Kindertageseinrichtungen den FDP-Bildungsminister unter Beschuss. Klug habe zwar als Oppositionspolitiker erklärt, die Mitwirkungsrechte der Elternvertretungen auf Kreis- und Landesebene müssten wegen der vielen anstehenden Weichenstellungen wie Kita-Finanzierung und Bildungsauftrag gestärkt werden. Als Minister lasse jedoch ausgerechnet Klug die Elternvertretung bei wichtigen Entscheidungen außen vor, etwa bei der Abschaffung des beitragsfreien Kita-Jahres. Klug „sabotiert nahezu alle der Landeselternvertretung zugesprochenen Vertretungsrechte und -möglichkeiten“, heißt es in einer Erklärung der Vorsitzenden Stephanie Jette Uhde. Außerdem habe Klug den Etat der Eltervertretung mal eben von 35 000 auf 16 000 Euro mehr als halbiert.

Völlig unklar sei derweil noch, wie Klug die von der Landesregierung beschlossenen zusätzlichen zehn Millionen Euro pro Jahr in die Kitas bringen will. Bei diesem Punkt wollen im Landtag auch die Grünen nachhaken. Ein für Anfang März angekündigter Erlass-Entwurf des Bildungsministeriums über die Verteilung des Geldes an die Kreise und kreisfreien Städte werde sich jedenfalls verzögern, heißt es in Kiel. Man müsse zunächst noch eine Expertenanhörung dazu abwarten.

In-online/lokales vom 23.02.2011 02:45

Quelle im Internet: <http://www.ln-online.de/artikel/2937017>